

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU und der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Kollege Mütze. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen, bitte. – Das sind die CSU-Fraktion und einzelne Stimmen aus der SPD.

(Zurufe von der SPD: Wir enthalten uns!)

- Vielleicht doch nicht. Enthaltungen? – Das sind jetzt die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich stelle also fest: Es gab keine Gegenstimmen aus der SPD-Fraktion. Der Antrag ist abgelehnt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Zur weiteren Planung Ihres Abendprogramms möchte ich Ihnen ein paar Hinweise geben. Wir haben jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt; für den ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Tagesordnungspunkte 23 und 24 werden im Einvernehmen aller Fraktionen abgesetzt und auf das nächste Plenum verschoben.

Dann haben wir noch einen letzten Tagesordnungspunkt; das ist der hochgezogene Antrag Nummer 21 der Liste, Tagesordnungspunkt 6. Hierzu ist ebenso namentliche Abstimmung beantragt.

Jetzt gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Ganserer und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Drucksache 17/5031, betreffend "Mehr Elektrofahrzeuge für den Freistaat Bayern" bekannt. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein haben gestimmt 84, Stimmenthaltungen eine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

**Antrag der Abgeordneten  
Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal u. a. und Fraktion (SPD),**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Machbarkeitsstudie Ortsumfahrung B 19  
(Drs. 17/4714)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Halbleib. Bitte schön.

**Volkmar Halbleib (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein weiteres Verkehrsthema, und es ist ein weiteres Thema aus Unterfranken. Ich weiß nicht, womit das zusammenhängt, aber nachdem die letzte Debatte eine gewisse Munterkeit aufwies, darf ich davon ausgehen, dass wir auch diesen Tagesordnungspunkt noch durch den Abend bringen. Vielleicht ist es auch ein exemplarischer Fall, der in jedem Teil Bayerns stattfinden könnte.

Es geht um die Problemlage von vier Ortschaften entlang der B 19 im Nordosten von Würzburg. Dort ist eine enorme Kfz- und Lkw-Belastung gegeben, und zwar mit steigender Tendenz. Diese Belastung ist für die Ortschaften untragbar. Es ist ein klassischer Fall für eine Ortsumgehung. Auch das Innenministerium hat in der Ausschussberatung bestätigt, dass diese Forderung nachvollziehbar ist, weil die Verkehrsbelastung so ist, wie sie geschildert wurde. Es ist auch nachvollziehbar, dass man deshalb Planungen vorantreiben will. Das ist die Einschätzung des Innenministeriums. Auch Herr Kollege Kirchner von der CSU hat durchaus Verständnis für diesen Antrag geäußert, weil die Verkehrsfrequenz sehr hoch ist. Aus der Ausschussberatung wissen wir, dass der Bund ein sogenanntes netzkonzeptionelles Interesse an dieser Ortsumfahrung offiziell verneint hat. Das steht natürlich im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der A 7 zwischen Biebelried und Werneck und einer völligen Überzeichnung des Bundesverkehrswegeplanes. Vielleicht steht es auch im Zusammenhang mit der perspektivischen Überlegung, die B 19 zur Staatsstraße abzustufen. Die Gespräche darüber sind aber noch nicht geführt.

Wir stellen das Thema heute noch einmal im Plenum zur Diskussion, verbunden mit der Bitte an die CSU, ihre Abstimmung im Ausschuss noch einmal zu überdenken. Wenn wir es an dieser Stelle nicht schaffen, mit einer Machbarkeitsstudie den etwaigen Trassenverlauf zu sichern, die den topografischen Bedingungen entspricht, den Raumwiderständen und dem Lärmschutz, der entlang der Ortschaften gewährleistet sein soll, dann wird aus unserer Sicht die letzte Chance vertan, diese Trasse planungsrechtlich durch die Kommunen zu sichern. Vor einigen Jahren ist